

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 53.

Kernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gepaltene Seite 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gepaltene Reklameseite 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 3

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Mittwoch, 5. Januar 1921. (Eduard)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 4. Jan. Der Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte, der im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist, liegt dem Reichsrat zur Beschlußfassung vor.

Berlin, 4. Jan. Die von der preussischen Landesversammlung beschlossene Verfassung des Freistaates Preußen wird nunmehr im Reichsanzeiger veröffentlicht und hat damit Gesetzeskraft erlangt.

Berlin, 3. Jan. Der Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen vollzieht sich programmäßig. Bis zum 31. Dezember 1920 sind 29 000 reichsdeutsche und 70 000 nichtreichsdeutsche Kriegsgefangene aus Rußland zurückgebracht und 132 000 russische Gefangene in ihre Heimat zurückbefördert worden.

Odenburg, 4. Jan. Die Urabstimmung der Eisenbahner der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter in Odenburg hat eine Zweidrittelmehrheit dafür ergeben, daß der Streik als letztes gewerkschaftliches Mittel zur Durchsetzung der Forderungen angewandt werden soll.

Memel, 4. Jan. Unter den Eisenbahnern des Memeler Gebietes, dessen Eisenbahnen durch das Reich verwaltet werden, soll keine Urabstimmung erfolgen. Die Eisenbahner des Memeler Bezirks stehen auf dem Standpunkte, daß sie sich gewissermaßen als Memeler Beamte betrachten und mit Rücksicht auf die bedrängte wirtschaftliche Lage des Memeler Gebietes in keinen Streik eintreten würden.

Paris, 5. Jan. Wie Pertinax im „Pariser Echo“ zu berichten weiß, sollen die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission bereits entlassen sein, nach dem 31. Januar, d. h. nach dem Ablauf des Abkommens von Spa betreffend die Kohlenlieferungen in einem neuen Abkommen die Prämienkaufzeit betreffend die 5 Goldmark pro Tonne aufzuheben und durch eine Prämienkaufzeit in Höhe von nur einer Goldmark zu ersetzen.

Paris, 5. Jan. Die französische Regierung hat nach London, Brüssel und Rom eine Depesche geschickt, worin zu einer Konferenz der Ministerpräsidenten zwischen dem 7. und 12. Januar eingeladen wird.

Kopenhagen, 5. Jan. Der finnische Geologe Dr. Sankari, der von einer Reise in der Sowjet-Republik heimgekehrt ist, erklärte, daß die Sowjet-Republik keine oder nur geringe Vorkommen an Kohlen besitzt. Auf die Erziehung des russischen Admirsals Kollchat in Jersutsk sei ein Massenmord gescheit.

Katow, 5. Jan. Zu dem litauischen katholischen Kongress sind auch deutsche und andere ausländische Vertreter eingeladen, u. a. drei französische Delegierte von katholischen Organisationen.

Buenos Aires, 5. Jan. Die Zeitung „La Prensa“ veröffentlicht den Wortlaut eines Gesuchs von über 400 Argentinern an den Vatikan, in dem sie den Papst um Unterstützung bei der Abfertigung der schwarzen Truppen im Reichsland ersuchen.

Arbeit der Deutschen in der Sowjet.

Eine deutschpolitische Arbeitsstelle ist in Preßburg für die Sowjetzeit begründet worden, die ähnliche Zwecke verfolgt, wie die in Prag schon in so ausgezeichneter Weise arbeitende Stelle. In seiner Begründungsansprache betont der General Dr. Schmidt die Notwendigkeit, gegen die planmäßige Zurückdrängung der deutschen Sprache in den Preßburger Kreislern einzuschreiten. Mit dem Preßburger Kreislern müsse auch engste Zusammenarbeit werden. Die Arbeitsstelle befindet sich: Bel-Matyski 25, I.

Die Brüsseler Konferenz verschoben.

Verschiebung.

Brüssel, 5. Jan. Wie hier verlautet, wird die Finanzkonferenz, die am 11. Januar wieder zusammen treten sollte, ihre Verhandlungen erst einige Tage später wieder aufnehmen, um den Delegationen für die Ergänzung des Materials genügend Zeit zu lassen.

Trochlose Lage der deutschen Eisenbahnen.

Berlin, 4. Jan. Eine Korrespondenz schreibt: Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Beamten haben einigermaßen Klarheit darüber gebracht, welche Mehrbelastungen für das Reich bei Bewilligung der erhobenen Ansprüche entstehen würden. Die Regierung, die bereits ein fest umrissenes Programm für die Erhöhung der Löhne und Zulagen geschaffen hat, rechnet damit, daß etwa zwei Milliarden jährlich notwendig sein werden, um entsprechend der Ortskostensteigerung eine Erhöhung in allen Gehaltsklassen vornehmen zu können. Würden die Wünsche der Beamten und Eisenbahner in der vorliegenden Form befriedigt, so müßte das Reich etwa 6 Milliarden jährlich mehr aufbringen.

Außerordentlich interessant waren die Mitteilungen, die der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Staatssekretär Stieler, über die Defizitwirtschaft der Eisenbahnen und über die Mittel und Wege einer Besserung der ungesunden geistlichen Lage der Verkehrsmittel machte. Nach seinen Ausführungen besteht ein Ueberschuß an Beamten bei der Eisenbahn nicht. Die Ausgaben für Material usw., die um 3000 bis 4000 Prozent gestiegen sind, seien so ungeheuerlich, daß auch, wenn das rund eine Million Personen betragende Personal der Reichseisenbahnen seinen vollen Gehalt kasse, doch immer noch ein erhebliches Defizit vorhanden sei. Angenblicklich betrage der Reibebtrag bei den Eisenbahnen 15 Milliarden Mark jährlich, ohne Berücksichtigung der neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter. Der Tarifabschluß des Defizitabschlusses, der sich aus Willehmsen des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates zusammensetzt, sei nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß mit Ersparnissen, die hier oder dort gemacht werden könnten, an der finanziellen Lage der Bahnen nichts geändert werden könnte. Auf je 1 M. Entnahmen kommen 2 M. Ausgaben. Um die Verhältnisse zu stabilisieren, würde es also notwendig sein, die Verrentenrate von 450 Proz. auf 300 Proz. und die Gütertarife von 600 auf 1200 Proz. zu erhöhen. Allerdings will man bei den Gehaltssteigerungen vornehmen und Rücksicht auf den Berufsverkehr, auf die Fahrpreise in den unteren Klassen und besonders auf den lebensnotwendigen Güterverkehr nehmen. Das Reichsverkehrsministerium arbeitet jetzt an einem Gesetzentwurf, und man hoffe im Laufe des Jahres, also bis zum 1. April 1922 aus der Unterbilanz herauszukommen.

Hebrigen erklärt der 10er-Ausschuß der Eisenbahnverbände einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem er sie im Interesse eines ersprießlichen Ausgangs der zurzeit schwebenden Verhandlungen auffordert, Aktionen zu unterlassen.

Am 4. Jan. In den letzten Tagen hat die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -Anwärter, die im Direktionsbezirk Köln etwa 18 000 Mitglieder zählt, eine Probeabstimmung darüber vorgenommen, ob die Eisenbahnbeamten bereit sind, zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Forderungen in den Streik einzutreten. An dieser Abstimmung haben sich im Direktionsbezirk Köln

rund 15 000 Beamte beteiligt, von denen sich 13 000 bis 14 000 für den Streik erklärten. Da im Direktionsbezirk Köln rund 27 000 Beamte und Beamtenanwärter vorhanden sind, so hat sich demnach etwa die Hälfte für den Streik erklärt.

Neue preussische Kreditvorlage.

Berlin, 4. Jan. Das preussische Staatsministerium hat, wie wir hören, gestern beschlossen, der Landesversammlung in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf über einen neuen Kredit in Höhe von 400 Mill. Mark zugehen zu lassen. Der Kredit, der in Form einer Anleihe aufgebracht werden soll, ist für Liebererungszuschüsse im Wohnungsbau bestimmt. Die Tilgung und Amortisation der Summe wird in den Staat eingestellt werden.

Das Entwaffnungsgeheim.

Paris, 4. Jan. Der Ministerrat hat sich heute vormittag unter dem Vorsitz Milerands mit der deutschen Antwort beschäftigt und billigte, wie es in dem amtlichen Bericht heißt, die Weisungen, die vom Ministerpräsidenten in dieser Frage gegeben worden sind. Welcher Art diese Weisungen sind, wird nicht gesagt. In französischen politischen Kreisen wird erklärt, daß Frankreich sich mit der deutschen Antwort ummöglich zufrieden geben kann. Man bedauert, daß die deutsche Regierung nicht auf die erwähnten Vorbehalte verzichtet und die Durchführung der gesamten in Spa vereinbarten Entwaffnung bis zu irgendeinem bestimmten Termin oder einer bestimmten Frist versprochen hat. Ein Nachgeben Frankreichs in der Entwaffnungsfrage würde, wie hier erwähnt wird, dem Kabinett scharfe Angriffe im Parlament und in der Presse zuziehen und voraussichtlich seinen Sturz zur Folge haben. Man erklärt hier, man glaube an die Zukunft der deutschen demokratischen Republik und könne unmöglich Zugeständnisse machen, die nach Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten und Linksdemokraten im Geiste der republikanischen Entwicklung Deutschlands nicht gewünscht werden. (1) In französischen politischen Kreisen versteht man nicht, daß Deutschland nicht den Wunsch kauft, zur Klärung der internationalen Lage durch eine gegen die reaktionären Umtriebe gerichtete Kundgebung beizutragen. Der französischen Regierung würden die Zugeständnisse hinsichtlich der Gewährung neuer Fristen für die deutsche Regierung wesentlich erleichtert, wenn die Linke des Reichstages ihre Stellung in dieser Frage klar bekunden und damit die Wärgschaft für die Ausführung neuer Vereinbarungen übernehmen wollte.

Es ist gut, in diesem Zusammenhange einmal die positiven Ergebnisse, die das bekannte Geheiß der Mehrheitssozialisten und Linksdemokraten gegen unsere Regierung auf politisch bringt, zu blicken. Die Gewissenhaftigkeit, mit der diese Vöberausnahmänner und Patrioten immer wieder große Anfragen und Enthaltungen machen, hinter denen am Ende nichts steht, paart sich schon allzu lange mit der allzuartigen Kriecherei vor dem Auslande. Die Feste dieser Parteiverbohrung und Republikverteidigung bezahlt die deutsche Gemeinschaft. Nicht nur der Krieg hat uns, als wir noch kräftig, es zu ertragen, Dinge eingebrocht.

Es muß einmal darüber gesprochen werden, welche schmerzhaften Entschlüsse die Gegner gegen das deutsche Volk, um da es sein Letztes geben muß, auf Machenschaften der oben gekennzeichneten Art zurückzuführen sind oder durch sie psychologisch entscheidend beeinflusst wurden.

England und die Entwaffnungsfrage.

Paris, 4. Jan. Wie der „Matin“ aus London meldet, wird eine Note über die Entwaffnungsfrage in Deutschland veröffentlicht. In ihr wird gesagt, die Engländer seien im allgemeinen befriedigt von der Art und Weise, wie Deutschland die Waffen abgeliefert und zerstört habe. Sie seien besonders der Ansicht, daß seit der Konferenz von Spa die Deutschen ihre Verpflichtungen mit Ehre erfüllt hätten, und wenn es wirklich wahr sei, daß in Deutschland noch Waffen versteckt seien, so müsse man anerkennen, daß die deutschen Behörden sich Schwierigkeiten gegenüber befänden, für die sie die Verantwortung nicht tragen könnten. Trotzdem seien die Engländer der Ansicht, daß die Entwaffnung erst durchgeführt sei, wenn alle Waffen abgeliefert worden, also müsse die Kontrolle der Witteren fortgesetzt werden.

England und Italien beruhigen.

Basel, 4. Jan. Die englische und die italienische Regierung haben, nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“, am Dinstag Vorstellungen erhoben, sich wegen der Nichterfüllung der Entwaffnungsbedingungen durch Deutschland zu keinerlei unüberlegten Maßnahmen hinreich lassen. Italien hat erklärt, daß es sich an einer Befestigung des Ruhrgebietes nicht beteiligen könne, da es am Rhein keine Truppen habe. Ebenso glaubt man als sicher annehmen zu dürfen, daß die Engländer ihre Befestigungszone bei Köln nicht mehr erweitern werden. Die Haltung Belgiens in dieser Frage sei noch unsicher, da auch ihm die genügende Truppenmacht fehle, um Frankreich bei einer großzügigen Operation, wie sie die Befestigung des Ruhrgebietes darstellt, zu unterstützen.

Republik Irland.

London, 4. Jan. Es scheint zuzutreffen, daß es den Iren gelungen ist, ihren vorläufigen Präsidenten „de Valera“ nach Irland zurückzuführen, um dort die Leitung der irischen vorläufigen Regierung wieder in die Hand zu nehmen und die Sache der Unabhängigkeit zu fördern, gerade so, wie es ihnen 1919 gelungen ist, ihn aus seinem Gefängnis in England zu befreien und zuerst nach Irland und dann nach Amerika zu bringen. Der englische Völksherr in Washington hatte in letzter Zeit versucht, die dortige Regierung zu bewegen, de Valera auszuweisen. — Fröhlich der belamtesten englischen Gelehrten, Schriftsteller und Künstler veröffentlichten einen scharfen Einspruch gegen die terroristische Politik, die die Regierung in Irland befolge. Sie fordern, daß sie entweder mit Irland sofort Frieden schliesse oder zurücktrete.

Wie aus New York gemeldet wird, sind die sämtlichen in den Vereinigten Staaten befindlichen stimmberechtigten Mitglieder des Sinn-Feiner-Parlaments teils unterwegs nach Irland, teils im Begriff, dorthin abzureisen.

Aussichten für deutsche junge Mädchen in Norwegen.

Mit Rücksicht der schon jetzt fühlbaren und langsam stärker werdenden Depression und die damit verbundene sicher eintretende Arbeitslosigkeit wird neuerdings konsequent von den norwegischen Behörden allen Deutschen, nicht allein jungen Mädchen, die Einreiseerlaubnis verweigert, wenn sie nicht für eine Stellung gebraucht werden, die kein anderer als eben ein Deutscher innehaben kann. Es ist zurzeit also völlig ausgeschlossen, sich um Stellung in Norwegen zu bemühen.

Zentrumspartei des Stadtkreises Neuß.

Dreißtägigen (6. Januar) nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im großen Saale der Bürgergesellschaft eine

Frauen-Versammlung

statt.

Redner: Fräulein Leusch, M. d. R. Köln. — Divisionspfarrer Dr. Wagner, Wesel.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

„Wir haben seinen Stern gesehen“.

Gedanken zum Dreikönigensfeste
von Jos. Vinc. Grünau.

(Nachdruck verboten.)

Zu den hellen Himmelslichtern hat immer die arme Menschheit ihren Blick in trüben Stunden gerichtet, um aus der hohen Ferne eine Wendung ihrer Geschichte zu erwarten und Glück in das gequälte Herz hineinstrahlen zu lassen. Es sind ja auch die mächtigen Lichtträger mit ihrer wunderbar geordneten Bahn, ihrem Glanz u. ihrer Grobheit, die über die Erde hinausragenden Allgewalt, beunruhigt ihre von den Leidenschaften durchwogte Seele.

Himmelsströmer, welche die Richter der ewigen Gottheit auslösen zu können sich vermessen, hat es zu allen Zeiten gegeben, aber so zahlreich, so offen und frank, wie in unseren Tagen sind sie nie auf dem Markte des öffentlichen Lebens erschienen. Sie können das leuchtende Licht nicht ertragen, es verlegt ihren Stolz, es weckt ihren Egoismus, die Mahner einer über die Erde hinausragenden Allgewalt, beunruhigt ihre von den Leidenschaften durchwogte Seele.

Und doch gehen die ewigen Richter ruhig ihren Weg, Sinnbilder der Geisteswahrheiten, die Gottes Gnade den Menschen gegeben, ihnen den Weg nicht nur durch der Erde Jammertal zu erhellen und zu öffnen, sondern auch die leuchtende Straße aufzubauen, auf der einst die Seele zur letzten Erfüllung ihrer Bestimmung, zu ihrem Glück und Heil in Gott gelangen könne.

Es war ein Stern von seltsamem Glanze, unübersehbar, der einst die Weisen und Könige im Morgenlande wahrhaft und ihnen den Weg zeigte zu der Krippe, in der Gottes Sohn, der erwartete Erlöser der Menschheit erschienen war. Unbegreifbar zog es in ihrem Innern jene Fürsten, sie mußten dem Sterne, der ihnen voranleuchtete, folgen, und als sie den fanden, den ihr Herz suchte, war es kein Marmorstein, kein Holz ragender Palast mit kalten Marmorsäulen, sondern eine Zerküßte der Armut, ein hilfloses Kind, das ihnen Liebe und Erbarmen heischend die Arme entgegenstreckte.

Jener Stern, er leuchtete nicht nur den drei Weisen aus dem Morgenlande, er leuchtete der ganzen Welt und für alle Zeiten. Es ist der Stern der Berufung der Menschheit zu ihrem Erlöser, der ihr die Arme rettender Liebe entgegenstreckt.

Wie hat doch gerade in unserer trübsamen Zeit dieses schöne, von so vielen in seinem inneren Wesen fast ganz vergessene Kirchenfest seine hervorragende Bedeutung. Sein Stern leuchtet für alle, welche die Wahrheit suchen und die Liebe und Gerechtigkeit finden zu dem, der einzig die Macht und den Heilswillen hat, das Elend und die Not der Welt zu enden.

Nach zwei Jahrtausende hat dieser Stern der christlichen Heilslehre den Völkern vorangeleuchtet und sie aus allen schlimmen Tagen immer wieder zur Versöhnung aufbauenden Liebe hingeführt. Krieg und Völkerhaß hat oft tief die Erde durchfurcht, die Blüte der Länder geopfert, Ruinen mit Not und Jammer über weite Gauen getragen und dann kam doch wieder den grimmigsten Gegnern das Bewußtsein, daß es für beide Teile notwendig sei, wieder Frieden und Versöhnung einzuführen zu lassen.

Und in die ausgewählten Stürme senkte die eheliche Arbeit aufs neue ihren Samen und in die tiefvergränten Herzen gah die christliche Liebe ihren Balsam, die Völker sahen den Stern des Heils und folgten ihm in treuem Glauben zur Quelle der Weiterentwicklung, zum beglückenden Kindelein in der Krippe, das arm geworden, um die Menschen in seiner Erlösung reich und glücklich zu machen.

Es mögen viele sich von dem Sterne der Geistesberufung abwenden, zu stolz, die eigene Ohnmacht einzusehen, zu voller Haß, um dem Hauch verführender Liebe das Herz zu erschließen. Es ruht sie nicht auf, er selbst mit magischer Gewalt an seine Bahn und mag der Weg durch Sand und Wüste endlose Strecken gehen. Die Menschheit, die Frieden und Glück suchende, muß ihm folgen und ihre Bahn endet bei Christus, als dem Retter, dem Erlöser, bei der ewigen Gottheit, deren Geist mehr denn einmal auch nach den schlimmsten Stürmen das Angesicht der Erde erneuert hat!

Mag auch heute in breiten Massen das Volk dem Christentum hohnsprechen und sich selbst seine armen hilflosen Götzen zimmern, es ist doch, ohne es zu wissen, von christlichen Ideen durchtränkt. Alles, was man ihm als moderne Errungenschaften anpreist, es ist doch nur ein Zerstück des erlösenden Geistes, der rettend zu Nazareth in diese Welt gekommen ist. Und wenn diese Abergötzen es gemarrt, ihre Unfähigkeit zu befrichtigen, vielleicht noch viel tieferes Elend ihm gebracht, als es heute schon vorhanden, dann wird es endlich doch den leuchtenden Stern der Weisen erkennen und sich mit einem Male vor der Krippe, vor dem wahren Erlöser finden, den wahren Herrn der Welt anzubeten und ihm sein Heil zu vertrauen.

Das Dreikönigensfest ist von der Kirche stets angesehen worden als der Tag der Völkerversöhnung, ein doch die ärmliche Stätte zu Nazareth zum ersten Male die Vertreter fremder Stämme um die Wiege des Christentums, das der fernsten Zeit für immer sein unsterbliches Siegel aufdrücken sollte. Unsere Tage haben glänzende Vertreterversammlungen der Völker der ganzen Erde beisammen gesehen, angeblich, um der Menschheit nach den Qualen des Weltkrieges einen dauerhaften Frieden zu bringen.

Und doch war es kein glücklicher Stern, der diese Weisen zusammengeführt hat, sie kamen auch nicht wie jene des Morgenlandes, um den wahren Herrn der Welt anzubeten und ihm ihre Geschenke darzubringen. Nein, sie dümmten sich selbst die Herren und Gebieter der Erde, nicht gewillt, nach Gehör zu geben, sondern in starrem Eigennutz meist nur zu nehmen.

Mag man solchen Zusammenfassen die stolzen Namen geben und in Phrasen überschwellen, ein Nazareth, aus dem der Menschheit neues Glück kommen kann, ist es nicht. Es fehlt der rechte Stern, es fehlt die erlösende Liebe, der christliche Geist in ihrer Mitte, ohne den alle Friedensarbeit ein Turmbau zu Babeln ist, bei dem sich die Völker nicht verstehen und der niemals die Vollendung sehen wird.

Und doch der große Stern steht auch in unseren Tagen hellleuchtend am Himmel und zwingt die Widerstrebenden auf ihn zu merken und ihm zu folgen. Was hat man mit all den langen Verhandlungen erreicht? Der Haß trinkt auch aus voller Schale sich niemals satt. Die Welt wird von Tag zu Tag ärmer, die zerstörende Flut der Vernichtung kennt keine Grenzspähle, weil ihr statt Dämme zu bauen, nur der Weg geebnet wird. Die Ohnmacht der Weisen dieser Welt ist offenbar und es bleibt ihnen kein anderer Rettungsstern in der vollen Not als jener Stern, der seinen Weg nach Nazareth, zur Quelle des Völkerfriedens, die Welt wieder aufstehenden Christentums nimmt.

Mehr als einmal hat der Statthalter des Welt-Erlösers Papst Benedikt XV. seinen väterlichen Ruf an die Völker der Erde ergoßen lassen und sie zum wahren und gerechten Frieden auf christlicher Grundlage eingeladen.

Der Hohlwunder unserer modernen Diplomaten hat es nicht gelitten, daß in der Friedensversammlung der Macht Sitz und Stimme gegeben wurde, deren goldgegebener Beruf, der Friede der Menschheit ist. Und Friede ist nicht geworden! Wird man die eigene Ohnmacht endlich erkennen bei den Denkern der Staaten? Oder müssen erst neue Stürme über die Erde gehen, die vielleicht aus diejenigen hinweglegen, die heute so kalten Herzens den Jammer der Welt ansehen?

Davor möge Gott die Erde bewahren, noch ist es Zeit, ihr Mächtigen der Völker; auch ihr könnt sagen „Wir haben seinen Stern gesehen“. Folgt ihm zum Nazareth der neuen Zeit, er steht über Rom, dem Quell des erlösenden christlichen Gedankens.

Die Autonomie der preussischen Provinzen.

Wie bereits gemeldet, hat das Preussische Staatsministerium den vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen fertiggestellt. Dieser vorläufige Entwurf wird zunächst, wie gleichfalls bereits mitgeteilt, den am 20. Februar direkt zu wählenden Provinziallandtagen zur Begutachtung vorgelegt werden. Auf Grund der gutachtlichen Stellungnahme der Provinziallandtage

wird die preussische Staatsregierung sodann in der Lage sein, dem neu gewählten Preussischen Landtage den endgültigen Entwurf eines Autonomiegesetzes vorzulegen.

Bereits bisher war den Provinzen ein weites Betätigungsfeld auf dem Gebiete der Selbstverwaltung eingeräumt. Auf allen Gebieten, auf denen die Zuständigkeit nicht anderweitig geregelt ist, können sie sich auf Grund des ihnen zustehenden Rechts der Selbstverwaltung praktisch betätigen.

Das trifft insbesondere für die Aufgabe auf wirtschaftlichen Gebieten und in der Wohlfahrtspflege zu. Hier sind den Provinzen wichtige politische Rechte eingeräumt. Hierher gehören insbesondere die Rechte auf Mitvertretung des Landes Preußen im Reichsrat und auf ausschließliche Befugnis des preussischen Staatsrates durch Vertreter der Provinzen, endlich auf Mitbestimmung bei der Befugnis der wichtigsten Verwaltungsposten in der Provinz. Auch die Zulassung einer anderen Unterrichtsprache für fremdsprachige Volksteile sowie einer anderen Amtssprache in gemischtsprachigen Landesteilen ist in Zukunft in die Entscheidung der Provinzen gelegt.

In Zukunft sollen auch die Provinzial-Landtage berechtigt sein, auf ihnen durch das Autonomiegesetz übertragenen Gebieten bindende Rechtsnormen zu geben.

Hierher gehört insbesondere der Erlass von Ausführungsbestimmungen, sowie die gesetzliche Regelung solcher im Gesetz besonders genannten Angelegenheiten, wie das Wegerecht, das Forst- und Polizeirecht, das Recht der Land- und forstwirtschaftlichen Interessengemeinschaften (Realgemeinden, Hausgenossenschaften, Gutsbesitzer, Märschbesitzer usw.), das Erbrecht bauerlicher Grundstücke, das Recht des Feuerwehres, das Recht der Jugendfürsorge (abgesehen vom Unterrichtswesen), sowie die Denkmals- und Heimatpflege.

Neben der Gewährung solcher Gesetzgebungsrechte an die Provinzen tritt eine wesentliche Erweiterung ihrer Zuständigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung. Entsprechend der auch in der Verfassung vorgesehenen Einteilung ist hierbei zwischen Selbstverwaltungsangelegenheiten und Auftragsangelegenheiten zu unterscheiden. Der Kreis der ersteren die die Provinzen im Rahmen der Gesetzgebung ohne weitere behördliche Anweisungen der Zentralstellen nach eigener freier pflichtmäßiger Entscheidung verwalten können, erstreckt sich in vollem Umfange auf alle die Gebiete, auf denen den Provinzen das Gesetzgebungsrecht zusteht. Daneben sollen den Provinzen als Auftragsangelegenheiten eine Reihe wichtiger staatlicher Aufgaben übertragen werden, deren Ausführung bisher den staatlichen Verwaltungsbehörden oblag. Diese Auftragsangelegenheiten bleiben wie bisher staatlichen Angelegenheiten, lediglich ihre Ausführung findet in Zukunft durch provinziale Organe statt. Nach Paragraph 9 des Gesetzes handelt es sich hierbei um folgende Gebiete: das Kleinbahnwesen, die wichtigsten Gebiete des Wasserwesens, insbesondere das Meliorationswesen, die Baupolizei und das Fluchlinienwesen, die Wohnungsfürsorge, das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, das Gebiet der Arbeitsnachweise und der Berufsberatung, das Eisenwesen.

Schließlich steht der Gesetzgebung die Einführung von Verträgen, zunächst bei den Provinzialkollegien und den Regierungsabteilungen für Kirchen und Schulwesen vor. Diese Verträge sind von den Provinziallandtagen nach Beschluß der Wahlberechtigten zu beschließen und verwalten ihre Amt ehrenamtlich. Ihre Mission ist eine Mitwirkung der provinziellen Bevölkerung bei Verwaltungsmaßnahmen von allgemeiner und für die Allgemeinheit von besonderer Bedeutung herbeizuführen. Während diese Mitwirkung im allgemeinen der

Natur der Sache entsprechend nur beratend sein kann, ist ihr solchen Verwaltungsmaßnahmen, die die Veränderung der Konfessionaltät einer bestehenden Schule oder der Gestaltung des Religionsunterrichts in einer bestehenden Schule zum Gegenstand haben, ein Recht zur Zustimmung oder Ablehnung gesichert.

Selbstverständlich werden den Provinzen durch die Übertragung der erwähnten neuen Zuständigkeiten neue Kosten erwachsen. Bei der überaus ungünstigen Lage der Finanzen wie auch der Provinzen wird auch hier größte Sparsamkeit notwendig sein. Der Staat will den Provinzen, deren Unkosten bei der Ausführung der bisher von staatlichen Organen durchgeführten Aufgaben in ihrer Gesamtheit voraussichtlich höher als die bisherigen staatlichen Aufwendungen sein werden, außer den für den Staat durch die Neuverteilung erparter Beträge einen Zuschlag von 50 Prozent überweisen.

„Neben“-Ausgaben.

Das Präsidium des Reichsbürgerrates in Berlin hat sich Anfang Dezember in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister geäußert, worin über die Kosten der Ausführung des Friedensvertrages angefragt wurde. Daraufhin ist dem Präsidium des Reichsbürgerrates mitgeteilt worden, daß im Haushalts des Reichsfinanzministeriums für die Ausführung des Friedensvertrages für 1920 folgende Ausgaben veranschlagt sind:

1. für den Oberaushub (Rheinlandkommission) 40 000 000 Mk.,
2. für den Unterhalt der Besatzungstruppen, für Quartier- und Requisitionsausgaben 15 000 000 000 Mk.,
3. für Grundstücksverwertungen, Neu- und Umbauten zur Unterbringung der Besatzungstruppen 611 750 000 Mk.,
4. für Unterhaltung der von den Besatzungstruppen benutzten Grundstücke 32 000 000 Mk.,
5. für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Unterkünfte der Besatzungstruppen 24 250 000 Mk.,
6. für Feuerungsmittel, Beleuchtung, Wasser, Mieten, Reinigungskosten und dergleichen 36 000 000 Mk.

Zusätzlich veranschlagt sind bis jetzt überschüssig für vorbestimmte Besatzungszwecke über 4,3 Milliarden Papiermark, jedoch ist noch für Requisitionsausgaben und von den Besatzungsmächten vorzuschüssig veranschlagte Unterhaltskosten mit Milliarden nachforderungen zu rechnen.

Die Rechtslage in Oberschlesien.

München, 4. Jan. In den Münchener Neuesten Nachrichten schreibt der bekannte Staats- und Völkerrechtler Herr Geheimrat Professor Dr. Wfl. Jörn zur Frage der Abstimmung in Oberschlesien:

Jede Abweichung von dem zwingenden Rechtsnagel der einheitlichen Gemeindefestsetzung ohne Zustimmung aller Vertragsparteien macht die Abstimmung nichtig. Wenn die Völkerrechtskonferenz die Abstimmung der Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anwesenden Stimmberechtigten später als die Abstimmung der Stimmberechtigten stattfinden zu lassen, so ist dies eine direkte und schwere Verletzung des Art. 88, b. h. der ihm beigesetzten Anlage Paragraph 4, Absatz 4 und 5. Diese schreibt eine einheitliche Abstimmung aller Gemeindeglieder ohne Unterschied von Geburt und Wohnort vor. Jede andere Art von Abstimmung ist vertragswidrig und ohne Zustimmung Deutschlands nichtig.

Paris, 4. Jan. Der Matin stellt eine interessante Frage zur Debatte, nämlich die Höhe des Soldes, den die Besatzungstruppen in Oberschlesien erhalten, und die Bezahlung der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oberschlesien. Ein Militärattaché in Paris oder ein einfacher Sekretär, oder eine Ordonanz in einem Kasino erhalte keine Wohnung in Döller, und zwar monatlich 122 Dollar, was nach dem heutigen Kurs 70 Franken für den Tag ausmache. Ein Hauptmann der Missionen erhalte ungefähr 70 000 Franken im Monat, also ein Gehalt, das höher sei, als das, was Marschall Foch beziehe. Wenn irgendein einfacher Soldat zu einem Dienst kommandiert werde, erhalte er in diesem Augenblick 102 Dollar, das mache 1700 Franken aus. Zwanzigmal habe man dem Kriegsminister diese Ungerechtigkeit angeklagt, und im Vergleich damit die schlechte Bezahlung der Soldaten. Ein Senator habe an die Interalliierte Kommission in Döller geschrieben, habe darauf nur die Antwort erhalten, daß der Präsident der Kommission die Sache in Paris mitgeteilt habe. Vom Kriegsminister allein hänge die Entscheidung ab.

Amerikanische Verwicklung gegen England.

New York, 3. Jan. Im Kongress ereignete sich eine Sensation, als ein Brief des früheren Chefs des Handelsministeriums bekannt wurde. In diesem Briefe erklärt Kennan, Amerika sei von England vorläufig getäuscht worden, als Balfour nach der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland nach Washington kam, um über eine Anleihe von vier Milliarden Dollar zu verhandeln. Die feierliche Versicherung Balfours, worin er die englische Freundschaft für Amerika beteuerte, hätte alle Zeitungen gefüllt. Allein, während er noch diese Betätigung abgab, sei die Linie noch nicht eingezeichnet gewesen auf einem Geheimvertrage mit Japan, wonach der ganze Wert der amerikanischen Flottenbasis auf Guam im Stillen Ozean veräußert wurde. In diesem Geheimvertrage sicherte England Japan den Besitz der deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators zu. Umgekehrt eignete sich England die deutschen Inseln des südlichen Stillen Ozeans an. Balfour hätte diesen Geheimvertrag der Regierung der Vereinigten Staaten mitteilen sollen. Balfour habe versprochen, auch der amerikanischen Regierung die sämtlichen Abkommen mitzuteilen, die England mit seinen Verbündeten abgeschlossen hätte, soweit sie Amerika interessierten. Dieses Versprechen sei nie gehalten worden. Der Brief von Kennan wird wahrscheinlich den Anlaß zu einer Untersuchung geben, für die der Kongress eine Kommission einsetzen dürfte, die die folgenden Angelegenheiten von Balfour an jeden Preis die Veröffentlichung sämtlicher Dokumente wünsch, die mit der japanischen Frage irgendwie in Beziehung stehen.

Ein Künstlerbekenntnis.

Der Maler und Radierer Hans Döbner hat, ein bedeutender künstlerischer Nachfahre Hans Thoma's, hat in einem Brief an Professor Max Wingeroth folgendes tiefe Bekenntnis niedergeschrieben, das Wingeroth im 2. Jahrgang (1921) des von ihm geleiteten „Kunst-Kalenders“ (bei G. Braun-Karlruhe) veröffentlicht:

„Was wir heute politisch, wirtschaftlich und kulturell erleben, sind die Fieberstadien einer kranken Welt.“

Die Neuerungen in Kunst und Leben, die Verwertung der Geister sind Fieberträume, wie sie fieberiger selten geträumt wurden in der Menschheitsgeschichte.

Nicht der Krieg ist die Ursache dieser Erscheinungen. Der Krieg ist nur eine der Erscheinungen. In der krisenverheerenden Welt ist die alte Harmonie des Geistes, sind die gleichen Anzeichen des kulturellen Zerfalls.

Die alte Welt ist aus den Fugen gegangen. Dahins Weltgebäude, viele in sich harmonische Einheit, mit der Erde als Mittelpunkt und den Sphären darüber, ist auseinandergebrochen und in Bewegung geraten.

Mit dieser Erkenntnis ist alles, was für den Menschengeist feststand, ebenfalls in Fluch gekommen. Je länger je mehr drohen die auseinanderstrebenden Kräfte die geistige Ordnung zu zerstören.

Den Menschen, die heute die Völker der Erde führen wollen, ist der Glaube an eine göttliche Weltordnung verloren gegangen.

Wer von diesen Männern müht sich mit ganzer Seele um höchste Fragen?

Sie glauben den Stoff durch die Technik, und die Menschen durch die Macht der Maschinen zu beherrschen, — doch herrscht der Stoff, die blinden Massen der Völker über sie, der Gott aus der Welt vertrieben.

Die Welt ist gottlos geworden und gottverlassen. Nur wenn die Menschheit wieder zum Glauben den Weg findet, an eine feste Grund, an eine göttliche Heimat, in der der allwaltende Vater wohnt und alle Dinge ordnet, kann die Welt wieder gefunden.

Die Naturwissenschaft hat wohl im Einzelnen und Besonderen ein Sinnvolles entdeckt, aber im allgemeinen nicht ebenso das Ganze zu deuten gewagt.

Der Wissenschaftler, der mit dem Seziermesser der wundervollen Mechanik der Organe, oder mit der Reklame dem geheimnisvoll geheimnisvollen Spiel der Elemente nachgegangen ist, hätte vom Kleinen ins Große und vom Einzelnen ins Ganze schreiten müssen, er hat es nicht vermocht, weil ihm das Verbindende des religiösen Gefühls mangelte, und weil er die Forderungen der menschlichen Seele mißachtet hat.

Auch bei den vielen, die heute der Kirche verloren sind, weil ihnen die alten Zeichen und Sinnbilder keinen Sinn mehr zu haben scheinen, mehr sich mehr als je der Drang nach Befriedigung der Seele, trotz aller ungeheurer großen Erfolge auf allen Wissensgebieten.

Die Seele, die dem All-Einen näher steht, als der Verstand, verlangt nach mehr als nach Wissen um die Mechanik des Besonderen.

Sie verlangt schließlich nach der Gewißheit ihrer Erfüllung in der großen Harmonie — im Reich Gottes.

Diesem Verlangen entgegen zu kommen, ist heute wieder die Kunst berufen. Wie in allen Zeiten wahrhaftiger Kunstschöpfung soll es wieder des Künstlers Glück und Gnade sein, den Tempel Gottes zu bauen. Die alten Zeichen sind immer noch Wahrheit, wenn er es versteht, sie wieder mit lebendigem Inhalt zu füllen.

Der bildende Künstler hat es ganz mit der Welt der Sinne zu tun.

Was er schafft, ist das Sinnbild.

Seine Sinne find — das helle Auge und die feinführende Hand.

Damit fängt er die Formen und Farben der Dinge an, und gestaltet aus dem amendlichen Wirrsal der Welt ein Einheitsbild.

Er ist gleichsam eine Fikler, die das dem Menschengeist Gemäße vom Ungeordneten sondert und ordnet — sinnvoll gestaltet.

Sein Glaube gilt dem Gesetz in den Dingen.

Er glaubt an das Sinnvolle.

Die Gestalt, das Äußere, ist ihm der Ausdruck des Gehalts — des Inneren — der Seele. Die Gestalt ist ihm so geschmeidiger Ausdruck, daß es für ihn keine Zufälligkeiten gibt.

Alles Geistige wirkt für ihn sein Bild ins Sichtbare.

Das so oder so geformte Auge des Künstlers, verrät ihm Welten, an die er glaubt: — Himmelsreiche und Hölle — Hesperien und Paradiese.

Wo er ein Ding erschaut mit seinen Sinnen, erschließt sich ihm eine Seele.

Die Sinne sind ihm die Brücke in die Welten der Geister.

Und wenn er die Sinne schärft durch die neuen Werkzeuge der Optik, wachsend die geistigen Reiche ungeheuerlich ins Große wie ins Kleine.

Wo er hinseht, ziehen in endlosen Scharen die Geister des Geistes — Gott dienend.

Am Nachhimmel hoch und hehr und unendlich erhaben, majestätische Lichtgestalten.

Und an jedem Ort um ihn her, kriechend im Staub, ein unübersehbares Gewimmel spukhafter Geister — Geister von einer so ungeheuerlichen Fantastik, daß davor jede verwegenste menschliche Fantastik bleich und farblos wird.

Und das sind die Dinge, aus denen die Welt sich baut; eine Welt, allem menschlichen Fassungsvermögen entrückt.

Nur des Menschen Ähnen vermag in feierlichen Stunden diesem Kempel zu nahen.

(Lactovolin)

Zentrumspartei des Landkreises Neuß.

Dreißtägigen (6. Januar) nachmittags 4 1/2 Uhr im Wintergarten der Bürgergesellschaft:



Jubiläums-Versammlung.



Um rege Beteiligung bittet

Hauptredner: Chefredakteur Hankamer-Offen.

Der Vorstand:

Hans Georg Weidenfeld, Vorsitzender.

Politische Rundschau.

Das alte ist ins neue Jahr hinübergegangen, ohne besondere Veränderungen in der politischen Lage damit vollzogen zu haben. Ein großer Zug der Erneuerung fehlt jedenfalls, es bleibt bei politischen Wünschen, mit denen der Welt wirklich nicht geholfen ist und doch wird die Lage für die gesamte Welt und namentlich Europa immer bedrohlicher. Der französische Sozialistengroß, welcher in Tours getötet hat, bewies in seiner überwiegenden Mehrheit eine starke Neigung zum Moskauer Radikalismus auf. Die Russen waren die wirklich kommandierenden, denen man sich, blindlings dem Wahrsagen hingebend, in die Arme warf. Die verhängnisvolle Richtung wurde mit der äußersten Schärfe bekämpft und dabei leisteten sowohl die russischen Vertreter, wie die Deutsche Clara Zetkin hilfreiche Vorstandsarbeit. Obwohl man dieser die Einseitigkeit vorwerfen konnte, hatte sie die unerwartet auf dem Kongress auf und hielt ihre Brandreden. Wenn man nun in Paris etwas die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, so muß man erkennen, daß die bolschewistische Gefahr in Frankreich jeden Augenblick größer werden kann als es in Deutschland, wo man die ersten Zuckungen überstanden, heute der Fall ist. Man mußte aber auch die Einsicht haben, daß dieser Weltgefahr nur durch weite internationale Maßnahmen wirksam entgegen gearbeitet werden kann. Insbesondere mußte man sich aus gegenseitiger Hilfe, irgend etwas zu unternehmen, was die Volkstimme erregen und die Unzufriedenheit antizipieren könnte. Diese Erkenntnis ist heute leider noch in keiner Weise vorhanden, im Gegenteil, es geschieht alles, um neue Erregungen zu erzeugen.

Es ist doch mehr als bedenklich, wenn die deutsche Regierung glauben muß, dem Volke eine Note vorzulegen, weil sie von deren Bekanntgabe neue heftige Volksausbrüche gegen Frankreich erwarten muß. Und selbst, als man diese Vorstellung in gegenseitiger Weise machte, erhielt man nur eine kalte Abweisung. Macht man sich denn in Paris gar nicht klar, was daraus notwendiger werden muß? Das deutsche Volk ist doch keine leblose Masse, die sich einfach kneten läßt, es hat, wenn auch tief gebeugt, ein Herz im Leibe, hat seine Ehre, die es nicht aufgeben kann, ohne sich selbst als Volk aufzugeben. Das Spiel mit der Drohung eines Einmarsches ins Ruhrgebiet und gar nach Bayern hinein, in Sachen der Einwohnerwehr, ist so gefährlich, daß sich die Folgen gar nicht ausdenken lassen. Hier handelt es sich nicht um eine militärische Machtfeldstellung, die den Nachbar irgend bedrohen könnte, sondern um den einfachsten Selbstschutz, um im Innern Ruhe und Ordnung, und vor allem die Arbeitsmöglichkeit zu erhalten. Hier liegt doch der Kardinalpunkt für die Erfüllung der Friedensbedingungen, die einfach zur absoluten Unmöglichkeit werden, wenn man uns nicht Verhältnisse gewährt, bei denen ein wirtschaftlicher Aufbau sich vollziehen kann. Es ist wirklich wenig Vernunft notwendig, um dies einsehen zu können.

Wahrlich liegt es mit der oberflächlichen Frage, nach hier keinerlei gerechtes Gegenkommen, sondern nur Bevormundung der großpolitischen Propaganda, die kein Mittel, die brutale Gewalt nicht ausgenommen, unversucht läßt, um ihre Ziele durchzusetzen. Neuerdings häufen sich wieder die Gewalttaten. Die verschiedenen Dynamitanschläge in der Doppelner Gegend sind neue Flammenzeichen, die einzig und allein der polnischen Agitation in Schuld zu geben sind. Auch hier ist man noch lange nicht am Ende der Dinge. Die Volksabstimmung kann unter diesen Verhältnissen gar nicht in ruhigen Bahnen verlaufen und aller Erfahrung gemäß wird Deutschland dabei zu kurz kommen. Es fehlt am guten Willen, der Gerechtigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht des dortigen Volkes freie Bahn zu geben.

Mit dem Friedensschluß zwischen Polen und Rußland scheint es auch eine recht zweifelhafte Sache zu sein. Wenig stimmt es dazu, wenn die deutsche Regierung erklärt, die Beweise dafür zu besitzen, daß Rußland für das Frühjahr eine große neue Offensive gegen Polen plane. Wie kann man da von Frieden sprechen. Ueberhaupt kann man die Worte der bolschewistischen Regierung von Moskau durchweg nicht als bare Münze hinnehmen. Wie oft erklärte man sich bereit, die radikale Propaganda in anderen Ländern einzustellen, und auf Schritt und Tritt begegnet man ihr nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch in dem gleichenden Gold, mit dem man draußen nicht kauft, obwohl die Not im eigenen Lande zum Himmel schreit. Nur russische Verhältnisse, die totale Entwertung des Bürgerkriegs lassen es möglich erscheinen, daß eine solche Mißwirtschaft, die von einem Tage in den anderen kommen, das wirtschaftliche Leben zu fristen weiß, sich noch immer durch ihren räuberischen Terror am Ruder hält.

Das Trauerspiel von Fiume, das die italienische Welt so lange aufgeregt hat, ist nun wohl zu Ende. Um die Weihnachtszeit haben an der istrischen Küste die Kanonen ihr hartes Lied gesungen, weil es der traurige Abenteuerer Gabriele D'Annunzio so wollte. Obwohl er einsehen mußte, daß der reguläre Gewalt nicht standzuhalten verstände, hat er die unglückliche Stadt in das Gland einer Belagerung mit allen Schrecken geführt. Im Lande benutzten seine nationalistischen Freunde diese Gelegenheit, um einen neuen Sturm gegen das Ministerium Giolitti zu versuchen. Auch das ist nicht gelungen, weil die Mehrheit des italienischen Volkes durchaus nicht geneigt ist, sich in neue Kriegsabenteuer zu stürzen. Man ist zufrieden, wenn das entrüstete Land sich auf Grund der abgeschlossenen Verträge langsam wieder erholen kann.

In Belgien herrscht augenblicklich große Unzufriedenheit über Frankreich. Nachdem man sich durch den Abschluß der Militärkonvention, welche die alte Neutralität ein für allemal zerstört, die Hände hat binden lassen, hatte man erwartet, auch durch wirtschaftliches Abkommen die Interessen des Landes geschützt zu sehen. Darin ist man bitter getäuscht, da Frankreich ausschließlich den eigenen Vorteil im Auge hat und namentlich dem Lebensnerv Belgiens, dem Antwerpener Hafen die Lebensadern abschneidet. Gerade dieser hat vor dem Kriege seine wesentlichen Existenzbedingungen durch den deutschen Handel erhalten. Regt man diesen gewaltsam brach, so fällt ganz von selbst diese Nahrungsquelle fort. Heute stehen sich selbst deutsche wirtschaftliche Kreise nach den alten guten Zeiten zurück. Der Schaden wird sich aber von heute auf morgen nicht wieder gut machen lassen. Immerhin ist es wesentlich, daß man auch in Belgien, wie durchweg in ganz England einfiel, daß man über die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht so einfach hinwegzusehen kann, sondern daß man sie an allen Ecken und Enden notwendig hat, um die Weltwirtschaft wieder so in Gang zu bringen, daß jeder Staat daraus seinen Nutzen ziehen kann.

Inwieweit die Brüsseler Finanzkonferenz dem Rechnung trägt, muß sich bald erweisen, da am 20. Januar die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen, um schnell zum Abschluß zu gelangen. Es sind viel optimistische Nachrichten über die Verhandlungen ins Land gegangen. Vorab wird man gut tun, sich nicht zu großen Erwartungen hinzugeben, damit keine schwere Enttäuschung entsteht. Auch in günstigen Fällen ist Deutschlands Aufgabe fürchterlich groß und schwer zu erfüllen. Das dürfen wir bei der Sache niemals vergessen!

Nach einem Entsch. des Reichstages des Jahres soll der nächste 18. Januar, der 50. Jahrestag der Reichsgründung durch Gedenktage in allen Schulen begangen werden. Das ganze deutsche Volk hat Grund, diesen Tag in erster Reihe zu begehen. Eine große Zeit des Aufstrebens liegt hinter uns, die dieser Krieg kam und uns die Früchte raubte, die wir in frohem Schaffen gezeitigt. Möge an diesem Tage das Volk seine Einheit, die so stark erschüttert, wiederfinden und damit aus Neuem das feste Fundament legen, um sich wieder eine bessere Zukunft, wenn auch nicht in alter Größe, aufzubauen.

Zurechtstufte Abstimmung.

Breslau, 4. Jan. Wie die Breslauer Zeitung mitteilt, hat die Internationalisierte Kommission in Opatowitz das Reglement für die Volksabstimmung in Oberschlesien abgefaßt und dürfte es in den nächsten Tagen amtlich veröffentlichten. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die genannte Zeitung u. a. folgendes:
Als Stichtag für die nicht in Oberschlesien geborenen aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Von den in Oberschlesien wohnenden, aber nicht dort geborenen Personen sollen also nur die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen, die seit 16 Jahren ununterbrochen in Oberschlesien wohnen. Nach dem Friedensvertrage soll dieser Stichtag nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen. Die internationalisierte Kommission glaubt also zum Recht der deutschen Wahlberechtigten 15 Jahre hinter diesen Zeitpunkt zurückgehen zu dürfen.
Die Abstimmungsberechtigten werden in vier Kategorien eingeteilt:
1. alle Personen, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen;
2. die in Oberschlesien geboren sind, aber nicht dort ansässig sind;
3. die außerhalb Oberschlesiens geboren, aber seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt dort ununterbrochen wohnen;
4. alle außerhalb Oberschlesiens wohnenden Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiet durch deutsche Behörden nicht beibehalten haben.

Wir erinnern uns, sagt das Breslauer Blatt, sehr wohl daran, daß die Polen noch einige Kategorien Abstimmungsberechtigter mehr vorge schlagen haben. Die Kommission des Generalis de Ronde hat aber auch mit der beschlossenen Differenzierung den polnischen Wünschen in einer Weise nachgegeben, die der Annahme eines Stichtags gleichkommt. Die Errichtung einer besonderen Kategorie für die Ausgewiesenen nur als eine lächerliche Geste betrachtet werden. In der Tat hat es niemals Ausweisungen in Oberschlesien gegeben. Im übrigen hat es in Preußen und Deutschland niemals eine gesetzliche Handhabe dafür gegeben, Bewohner irgendeines Landes als Reichsdeutsche auszuweisen.

Jeder Stimmberechtigte soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober 1920 ansässig war, oder wenn er nicht im Abstimmungsgebiet ansässig ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Die Ausgewiesenen stimmen in der Gemeinde ab, in der sie ansässig waren, als sie aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen wurden. Die Festsetzung des Datums des 1. Oktobers 1920 ist rein willkürlich. Der Friedensvertrag sagt, daß alle ansässigen Oberschlesier in der Gemeinde abstimmen, in der sie ihren Wohnsitz haben. Ganz willkürlich bestimmt das Wahlreglement auch, daß Gutsbezirke, die weniger als 100 Bewohner besitzen, mit den benachbarten Gemeinden dieselben Urnen benutzen, und Gutsbezirke, die bis zu 600 Bewohner zählen, einen eigenen paritätischen Ausschuss, noch ein eigenes Wahlbureau besitzen sollen und in Bezug auf die Wahlvorbereitungen einer Nachbargemeinde angegliedert werden.

Der Friedensvertrag sagt, daß das Abstimmungsreglement gemeindeweise festgelegt werden solle. Nun sind die Gutsbezirke ungewiss politisch Gemeinden im Sinne der Landesangelegenheiten.

Ueber die Zeiten der Fristsetzung sagt das Reglement, daß am 10. Januar 1921 die internationalisierte Kommission konstituiert, vom 10. bis zum 14. Januar die paritätischen Ausschüsse, Gemeindevorstände gebildet und mit dem 14. Januar die dreiwöchige Frist zur Eintragung in die Stimmliste zu laufen beginnt. Am 8. Februar 6 Uhr abends ist der Stimmzettel zur Eintragung in die Stimmliste zu legen. Am 8. März 6 Uhr abends läuft die Frist für die Entscheidung der internationalisierten Kommission über die Einsprüche ab, am 8. März die Entscheidung der internationalisierten Kommission über die Einsprüche. Die Wahltag, sagt das Reglement, werden durch die internationalisierte Kommission später bekannt gegeben. Das soll, wie eine Bekanntmachung der internationalisierten Kommission im Doppelner Amtsblatt bereits besagt, rechtzeitig geschehen. Demnach kann die Abstimmung also nicht vor Mitte März erfolgen. Man sieht aus diesen Stichproben, daß das Wahlreglement den aus den verschiedenen Veröffentlichungen bekannten Wünschen der Kommissar über alles Maß und zum allergrößten Nachteil für Deutschlands Wahlausichten entgegenkommt.

Beamtenkandidaturen.

Vom Vorstand des Provinzialverbandes Westfalen des Westfalen des deutschen Beamtenbundes wurde folgende Entschliessung gefaßt:

Der Vorstand des Provinzialverbandes Westfalen, dem rund 100 000 westfälische Beamte angeschlossen sind, gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß von den politischen Parteien bei Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl die Beamten ihrer großen Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden. Der Vorstand legt keinerlei Wert auf sogenannte Beamtenkandidaturen, die der Tätigkeit als Abgeordneter in keiner Weise gerecht werden können, er erwartet vielmehr, daß die als Kandidaten aufgestellten Beamten nicht nur in Beamtenfragen eine führende Rolle spielen, sondern auch in allgemeinen politischen Fragen Kenntnisse besitzen, um der Entscheidung im Parlament sich ein sachgemäßes Urteil bilden zu können. Dabei ist es gleichgültig, welchen Beamtengruppen die als Kandidaten aufgestellten Beamten angehören. Maßgebend muß vielmehr sein, daß sie diejenigen Fragen, welche die gesamte Beamtenchaft betreffen, beherrschen und in zweckdienlicher Weise zu vertreten wissen, wie sie auch für die Partei agitatorisch eine Stütze sein müssen.

Deutsche Spardarlehnen-Anleihe.
Berlin, 3. Jan. In der heutigen dritten Gewinnziehung der Deutschen Spardarlehnen-Anleihe von 1919 wurden u. a. folgende Gewinne in sämtlichen Reihen A, B, C, D gezogen, und zwar in Gruppe 2455 St. 117 mit 1 000 000 Mark, in Gruppe 806 St. 111 mit 500 000 Mark, in Gruppe 472 St. 145 mit 300 000 Mark, in Gruppe 985 St. 136 mit 200 000 Mark, in Gruppe 2429 St. 203 mit 150 000 Mark, in Gruppe 1863 St. 108 mit 100 000 Mark, in Gruppe 1888 St. 123 mit 100 000 Mark, in Gruppe 728 St. 97 mit 100 000 Mark, in Gruppe 1184 St. 128 mit 100 000 Mark, in Gruppe 435 St. 101 mit 100 000 Mark.

Zum Tode Bethmann-Hollwegs.

Berlin, 4. Jan. Der Reichspräsident hat an den Sohn des verstorbenen ehemaligen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg folgendes Telegramm gerichtet:

Mit dem Gefühl lebhafter Trauer erhielt ich die Nachricht von dem unerwarteten Ableben Ihres hochgeschätzten Vaters und bitte Sie wie Ihre Angehörigen die Versicherung meines aufrichtigsten und herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen.

Der Reichskanzler richtete an den Sohn des verstorbenen ehemaligen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg folgendes Beileidstelegramm:

Die unerwartete Nachricht vom dem Hinscheiden Ihres hochgeschätzten Vaters traf mich auf das Schmerzlichste. In dem Verstorbenen verehrte ich einen Mann von den ausgezeichnetsten Eigenschaften, dessen ganzes Denken und Wollen während seiner amtlichen Aufgaben ganz dem Dienste seines Volkes gewidmet war. Ihnen mag es zum Troste dienen, daß alle, die Ihres Herrn Vaters Eigenschaften kannten, seine staatsmännische Tätigkeit und sein Andenken ungetrübt durch die Parteimeinung in hohen Ehren halten werden.

Das deutsch-englische Liquidationsabkommen.

London, 3. Jan. Nach einer Mitteilung aus dem deutschen Botschaft in London ein Abkommen zur Ausführung des Artikels 297 des Versailler Vertrages unterzeichnet. England gibt darin das sogenannte „kleine“ deutsche Eigentum (Gehaltsabzüge, Gegenstände des persönlichen Bedarfs, Geschäftsinventuren) frei, wenn das Einkommen des deutschen Eigentümers eine gewisse Grenze nicht übersteigt. Ferner erhalten die deutschen Eigentümer das Recht, unter gewissen Umständen bei einer Liquidation im Wege der Versteigerung in England mitzubieten. Einige Bestimmungen des Abkommens können nur in Kraft treten, wenn sie in Deutschland im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden. Bis dahin und bis zur Ratifizierung des Abkommens wird kein deutsches Eigentum in England freigegeben.

Die amerikanische Presse gegen England.

New York, 4. Jan. Die Hearst-Presse beantwortet die Erklärungen, die Lord Northcliffe kürzlich über die englisch-japanische Allianz gemacht hat, mit einem wütenden antientenglischen Feldzug. Lord Northcliffe hat vor einigen Tagen dem Londoner Vertreter der amerikanischen Depeschagentur United Press ausgedrückt, der Allianzvertrag enthalte einen Kauf, durch die eine englische Beteiligung an einem Krieg zwischen Japan und Amerika unmöglich gemacht werde. Die Wälder werden sich auch scharf gegen die Kampagne der New York World zugewandt, der Flottenabrüstung. Bezeichnend ist auch ein Artikel, der im Marion Daily-Star (Ohio), unter dem Titel Seeherrschaft erschienen ist. Eigentümer des Blattes ist bekanntlich der kommende Präsident Harding. Es heißt in dem Artikel: Mehr als 300 Jahre lang hat England die Seeherrschaft behalten. Jetzt geht diese Seeherrschaft mit Riesenschritten an Amerika über. 1924 werden wir die stärkste Flotte haben.

(Haben wir geträumt? Oder wurde wirklich einmal ein Krieg geführt um die neue Welt, um den ewigen Frieden, um die Freiheit der Nationen, um die wahre Demokratie? Das steht wenig danach aus. In diesem Wild gemessen, waren wir „Wilde“ doch bessere Menschen.)

Ein notwendiger Hinweis.

Paris, 4. Jan. Der „Radical“ veröffentlicht einen Artikel des Generalsekretärs der demokratischen und sozialen republikanischen Partei, Mamelet, der die Freibereitungen einer Anzahl Blätter, besonders der „Action française“ und der „Democratie nouvelle“, für eine Befreiung des Ruhrgebietes für äußerst nachteilig erklärt. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt wolle Frieden und verurteile einstimmig Genossenschaften und imperialistische Bestrebungen. Frankreich dürfe seine Kraft nicht mißbrauchen. Eine Befreiung des Ruhrgebietes würde, wenn sie nicht als ultima ratio zur Durchsetzung des Versailler Vertrages erfolge, von der zivilisierten Welt einstimmig verurteilt werden. Wenn Frankreich eines Tages das Ruhrgebiet befreien wolle, was nicht ausgeschlossen sei, müsse es unbedingt seine Hand von der Gewalt zurückhalten, das es auf dieses Ziel hinarbeitet habe. Von der eventuellen Befreiung des Ruhrgebietes gelte dasselbe, was Gambetta vor 50 Jahren über Genua-Befreiung gesagt habe: Denken wir immer daran, aber sprechen wir niemals davon!

Das kommunistische „Agrarprogramm“.

Auf den Bauernfang sucht sich nunmehr auch die aus den Unzufriedenheiten und bisherigen Kommunisten, den Sozialisten, bestehende Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands einzurichten. Der sog. Vereinigungsparteitag, der Anfang Dezember stattfand, hat sich bemüht, der neuen Partei ein sogenanntes Agrarprogramm zu geben, das man zurecht wohl als Richtlinie für die kommunistische Landbewirtschaftung ansehen dürfte. Der kommunistische Agrarprogrammsatz, nach dessen Rezepten die kommunistischen Heilswahrheiten nunmehr auf das Land gebracht werden sollten, heißt Herr Thalheimer.

Für ihn ist die Agrarfrage nicht etwa eine Frage der Wissenschaft, sondern eine Machtfrage. „Denn“, so sagt Herr Thalheimer, „jede soziale Frage muß heute auf die Machtfrage zurückgeführt werden, ohne daß die Vorbedingung der Erreichung der Macht durch das Proletariat erfüllt ist.“ (Völk. Zeits. 1920, Nr. 253.) In diesem Sinne hat denn auch die Großgrundbesitzerentscheidungslos zu erweisen. Dagegen ist den Klein- und Mittelbauern das Land zu belassen. Zwar glauben manche Genossen in der Diskussion darin einen Verstoß gegen die Grundzüge des Kommunismus erblicken zu müssen. Sie behaupten ferner, daß der Zehn-Gebot-Gesetz: auf dem Lande könne man mit den marxistischen Theorien nichts anfangen. Andere glauben auch deswegen davon warnen zu müssen, die Klein- und Mittelbauern abzugeben, weil ohne sie „nicht nur der Sieg der proletarischen Revolution zweifelhaft sei, sondern auch unter der Herrschaft des Proletariats die Ernährungsfrage kaum zu lösen sein werde.“ (Völk. Zeits. 1920, Nr. 543.)

Doch nach Herrn Thalheimer auch die Agrarfrage eine Machtfrage ist, so darf sie entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die die Völk. Zeits. (1920, Nr. 253) in einem eignen Leitartikel zu seinen Darlegungen gibt, als solche nur gegenüber den Großbesitzern getätigt werden; belasse aber nicht gegenüber den sonstigen Landbesitzern. „So erbarmungslos“, schreibt da kommunistische Zentralorgan, „der Widerstand der Kleinrentner und ihrer Anhänger niedergebunden werden muß; die Masse der Kleinrentner kann so wenig, wie z. B. die Masse der Kleinrentner, mit dem Zauberspruch der Diktatur allein in den Dienst der proletarischen Revolution gestellt werden. Ihnen müssen die Kommunisten immer und immer wieder die Leiden zum Bewußtsein bringen, die der sich auflösende Kapitalismus über sie verhängt, sie müssen nicht durch Gewalt, sondern können nur durch eigene Erfahrung lernen, welche Vorteile ihnen der kommunistische Aufbau bringt.“ Für diesen eigenartigen „Aufbau“, von dessen Güte ja der Kommunismus in Rußland so untrügliche Proben geliefert hat, werden auch die Bauern sich auf die Dauer herablassen. Das Agrarprogramm wird daher aller Voraussicht nach für die Vereinigten Kommunisten die gleiche harter Nuß bleiben, wie es für die Mehrheitssozialisten nunmehr bereits jahreslanges gewesen ist.

So feindlich sich sonst Mehrheitssozialisten und Kommunisten — vorläufig wenigstens — nach außen hin — gegenüberstehen, in einem gleichen sie sich aufs Haar. In der Unwahrhaftigkeit, mit der sie — ob seit langem oder erst heute — den Bauernfang betreiben. „Wenn wir ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen sie unser Augenmerk ebenso auf das flache Land richten wie auf die Industriezentren, und hier sind wir noch nicht einmal am Anfang des Anfangs“, so sprach Rosa Luxemburg auf der Gründungsversammlung der Kommunistenpartei. Nicht die Liebe zum Bauernland treibt die Sozial-

isten aller Schattierung auf das flache Land, sondern der ungezügelter politische Macht hunger. Sie alle wissen, daß sie niemals endgültig in den Besitz der politischen Macht gelangen werden, wenn es ihnen nicht gelingt, die Bauern für sich zu gewinnen. Wenn sie dabei in der Wahl der Mittel nicht wählerisch sein und das Parteiprogramm opportunistisch, das heißt so ausgelegt wissen wollen, wie es am besten für die Landbewirtschaftung paßt, so erweisen sich auch nach dieser Richtung hin die Kommunisten nur als gelehrtge Schüler ihrer älteren Meister, der Mehrheitsgenossen.

Die Sozialisierung in der Praxis.

Im Juni 1919 hatten die städtischen Körperschaften in Neu-Kölln beschlossen, alle Bauarbeiten durch die städtische Gemeinde ausführen zu lassen. Mit der Zeit nahmen die Bauarbeiten so erheblichen Umfang an, daß sie am 1. April 1920 fast 800 Personen umfaßten. Jetzt hat es sich jedoch als notwendig herausgestellt, die Betriebe von der städt. Verwaltung loszulösen und sie in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung selbstständig zu machen, um — wie der Vorwärts schreibt — „von der Vielzahl von parlamentarischen Instanzen loszukommen und verwaltungsmäßig mit der Beweglichkeit, Entschiedenheit und Schnelligkeit zu arbeiten, wie private Betriebe.“

Da die Stadt Neu-Kölln zu den Gemeinden gehört, in denen bei der unabhängigen-kommunistischen Mehrheit im Stadtparlament die Beobachtung sozialistischer Gedankenengänge bis zu den äußersten Folgerungen selbstverständlich ist, muß angenommen werden, daß sie zu diesem Schritt sich erst dann entschlossen hat, als alles andere versagt. Besonders beachtenswert ist noch der Umstand, daß schon nach einem Jahre die Überführung der sozialistischen Wirtschaft in die individualistische Privatwirtschaft — etwas anderes ist die Gründung einer G. m. b. H. — sich erforderlich machte.

Arbeitsgemeinschaften für junge Lehrer.

Der Unterrichtsminister hat in einem Erlass ausgesprochen, daß ihn die ständig fortschreitende Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für junge Lehrer und Lehrerinnen und die recht betrieblichen Erfahrungen mit der gemeinsamen Fortbildungsanstalt veranlassen, den Abschluß der Lehrgänge amtlich zu regeln und auf Grund der erfolgreichen regelmäßigen Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit zuzulassen. Die allgemeine Aufhebung der Prüfung für die endgültige Anstellung der Volksschullehrer und damit die amtliche Einführung einer Zwangsmaßnahme an den Arbeitsgemeinschaften sei nicht möglich, denn diese seien noch in der Entwicklung begriffen. Sodann könne wegen der Feuerungsverhältnisse und der hohen Fahrpreise den jungen Lehrern die Wehrtauglichkeit, die die Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften erfordert, nicht zugunsten auferlegt werden. Ferner habe sich eine größere Anzahl Lehrer bereits auf die zweite Prüfung vorbereitet, und endlich liege dem Minister daran, über Neuerungen von so großer Tragweite, wie die Erhebung des Prüfungszwanges durch Fortbildungsgemeinschaften, erst durch weitere Versuche Erfahrungen zu sammeln und den jungen Lehrern und Lehrerinnen Wahlmöglichkeit zwischen der bisherigen Form der zweiten Prüfung und der Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft zu gewähren. Da jetzt in den Schulen wie der geordnete Verhältnis eingeleitet werden, so entfällt der Grund für die Aufrechterhaltung der erleichterten Form der zweiten Prüfung. Es wird daher bestimmt: Die Prüfung für die endgültige Anstellung bleibt für alle Lehrerinnen und Lehrer bestehen, die nicht auf dem Wege der Arbeitsge-

meinschaft ihre Fortbildung nachweisen, und zwar für diejenigen, die sie bis zum 1. April 1921 ablegen, in der vereinfachten Form, für Kriegsteilnehmer, die mindestens zwei Jahre an ihrer Ausbildung verloren haben, bis zum 1. April 1924. Nach dem 1. April 1924 tritt die ursprüngliche Prüfungsordnung wieder in Kraft. Bei denjenigen Lehrern, die auf Grund einer besonderen Befähigung die Befähigung zur endgültigen Anstellung erlangen, wird, falls sie nicht an den Arbeitsgemeinschaften nach den festgesetzten Richtlinien teilnehmen, mit dieser Befähigung eine Besprechung verbunden, die nach den Bestimmungen für die zweite Lehrprüfung zu gestalten ist. Lehrer und Lehrerinnen, die regelmäßig und erfolgreich an den Sitzungen einer von der Bezirksregierung anerkannten Arbeitsgemeinschaft teilgenommen haben, sind von der Verpflichtung zur Ablegung der zweiten Prüfung befreit. An deren Stelle treten die in den Richtlinien angeführten Verpflichtungen.

Kirchliches.

Rom, 2. Jan. Mit Einwilligung des Kölner Erzbischofs wurde unter Wahrung aller Rechte die Gesellschaft der Cellitinnen am Neujahrstage dem Augustinerorden angeschlossen.

Der Bischof von Lüttich für die deutschen Ordensleute in Belgien.

In der belgischen Kammer verlas der Justizminister Vandervelde folgenden an die Bischöfe des Reichs gerichteten Brief: „Ihre Eminenzen, die Bischöfe von Lüttich, Brüssel, Antwerpen, die nach dem allgemeinen Dekret ebenfalls des Landes verwiesen werden sollen.“

„Herr Minister! Das in Kraft bestehende Dekret, zufolge welchem die Deutschen unseres Landes verwiesen werden, ohne jegliche Rücksichtnahme auf ihre Schuldlosigkeit gegenüber unserem Lande, scheint mir nicht gerechtfertigt zu sein. Sie werden, Herr Minister, nicht übersehen, daß diese in meiner Eigenschaft als Bischof einer Diözese angehörend der Kirche, daß verschiedene Ordensgemeinschaften anderwärts verlegt werden, energisch gegen diese Maßnahmen protestieren und im Namen der Gerechtigkeit und des wahren Patriotismus verlangen, daß dieselbe erst nach einer ernstlichen Prüfung über die Haltung und die Handlungen der Ordensleute, der Klosterfrauen und der in Frage stehenden Priester angenommen werde. Wenn darunter welche sind, die unsere Feinde begünstigen haben, dann mag man sie über die Grenze schicken, den anderen aber erlaube man zum Besten unseres Landes weiter zu arbeiten.“

Ich glaube, daß Belgien in den Augen der bürgerlichen Welt mehr gewinnt, wenn es sich gerecht zeigt, als wenn es blindlings Unschuldige und Schuldige bestraft. Je weiter es sich von der barbarischen Methode entfernt, mit der unsere Feinde ihre Opfer opfernd haben, um so mehr wird auch sein Recht auf die Bewunderung der Völker wachsen. Ich verweise darauf, Herr Minister, daß die Regierung unseres Landes es verstehen werde, sich diesen neuen Ruf zu sichern; selbst mit einem Volke, das unser Land unwillig niedergebunden hat, gerecht und loyal zu sein.“

Die tschechische Nationalkirche.

Prag, 3. Jan. Während der Papst erst wenige Tage vor Weihnachten noch erklärte, seine Haupt Sorge sei das beklagenswerte Verhalten eines Teils des tschechisch-slowakischen Klerus, und insbesondere hervorhob, daß absolut nicht beabsichtigt sei, die Strenge des Zölibats zu mildern, betreibt die tschechische Nationalkirche ihr Werk weiter. Am den 9. Januar herum wird der Vertretertag ihrer Religionsgemeinschaften in Prag zusammenkommen, um die Lehre dieser Kirche festzustellen. Andererseits macht die tschechische Kirche gegen die unangehörigen Priester von ihren Machtmitteln Gebrauch. So wurden, nach der Narodni Politika, durch Urteil des tschechischen Gerichts in Prag wieder fünf tschechische ihrer Äbten entlassen, sämtlich wegen Abfalls und Verrats.

darin ist. Bedenken Sie es aber noch einmal und halt! daß ich es nicht vergesse; der Kronprinz hat mir aufgetragen, Sie zu ermahnen, ihm heute noch einen Besuch zu machen. Es wird Ihnen gewiß von Nutzen sein, wenn Sie diesem Besuche recht pünktlich nachkommen. Heißt ich Ihr großer Gönner und Sie wissen ja, wieviel edle Gefühle ihm eigen sind. Wenn Sie die lieben, schönen Halligen besuchen, erinnern Sie sich unserer romantischen Reisebekanntschaft. Vortreffliche Waldschneeflocken! Ich habe sie nie wieder so gut gesehen, und unergiebige Erzeugnisse. Wir suchen Sie sicher bald einmal auf, teurer Freund, interessieren Sie den Kronprinzen doch ja für das Seebad in Suhl oder Göhr.“

So ging er, von Vornsen geleitet, die Treppe hinab und mit den lautesten und öftentlichten Zeichen seiner Freundschaft stieg er in den Wagen und fuhr davon.

Am Abend erschien Vornsen bei dem Prinzen, der ihn mit zuvorkommender Güte empfing. Er führte ihn in sein Arbeitskabinett und sagte mit warmen Zeichen der Teilnahme: „Ich weiß alles, aber ich billige nicht alles. Warum wollen Sie uns verlassen?“

„Gnädigster Herr“, erwiderte der Gefragte, „ich habe alle Verbindungsäden verloren, die mich halten könnten.“

„Sie haben diese selbst zerhackt“, sprach der Prinz, „aber geben Sie nicht alles auf. Wenn Fräulein Hammerstein Sie nicht mehr halten kann, vielleicht kann ich es. Weichen Sie in meiner Nähe, es wird mir lieb sein. Sie hören zu leben, und hoffen Sie auf die Zukunft. Sie werden uns nicht verlassen, vielleicht selbst die Wunde in Ihrem Herzen zu heilen.“

„Ich glaube, Heil“, sagte Vornsen, „daß wenn ich es wagen darf von meinem Herzen zu sprechen, dies eine so furchtbare Erfahrung gemacht hat, daß keine Heilung unmöglich ist.“

„O, glauben Sie das nicht!“ rief der Prinz lachend. „Sie werden Ihren Kampf mit geistlichen Empfindungen kämpfen und mit gerechtem Stolz sich darüber erheben. Liebe ist ein Kampf; dem einen verleiht er Kraft, dem anderen langsam und schwer, aber darüber hinaus kommen wir alle. Sie werden eine andere finden, die ihre Liebe nicht an Bedingungen knüpft und etwa gar, wie diese tolle Spröde, eine Staatsangelegenheit daraus macht.“

„Ich will keine Eifersucht bei Ihnen aufregen“, sagte er abbrechend hinzu, „allein so pünkt es sein mag, von einer schönen Dame allein bezeugt zu werden, die ihre Liebe vergessigt und

Landwirtschaftliches.

Die Regelung der Milchversorgung.

Die ordnungsmäßige Regelung der Milchversorgung ist eine der wichtigsten Fragen der nächsten Zukunft. Man sagt, daß die Zwangswirtschaft bei der Milchversorgung jetzt noch nicht sofort in Wegfall kommen könne. Aber ebenfalls ist man sich klar darüber, daß die Zwangswirtschaft bei der Milchversorgung nicht ewig bestehen bleiben kann. Die Zwangswirtschaft der Milch ist alles andere als ein idealer Zustand, und man kann sich von ihrem Fortbestehen keine Förderung der Milchproduktion, zum mindesten nicht eine Hebung der Milchproduktion versprechen. Jede starke und blutige Zwangswirtschaft erdötet auf die Dauer die Produktion.

In Erfassung dieser Sachlage sucht man nach neuen Wegen für die Zukunft. Vor allem wird diese Frage in letzter Zeit von Seiten mancher Kommunen lebhaft erörtert. Man sucht die städtische Milchversorgung nach neuen Plänen zu ordnen. Ohne Pläne und Ordnung wird es bei der Milchversorgung einseitigen nicht gehen. Wenn man jedoch etwas Neues erreichen will, darf diese Ordnung nicht nach einseitigen Gesichtspunkten erfolgen. Bisher hat man städtische und staatsliche der Milchfrage hauptsächlich als ein Problem der Verteilung angesehen. Die Milchfrage ist aber in erster Linie ein Problem der Erzeugung und Beschaffung, und nach diesem Gesichtspunkte wird auch die ganze künftige Milchversorgung vor allem eingeleitet werden müssen.

Daran scheint es indes mancherorts noch sehr zu fehlen. Alle neuen Pläne und Entwürfe zur Regelung der Milchproduktion werden wenig in Betracht bleiben, solange an deren Aufstellung nur die Stadtvertretungen, und allenfalls die Vertreter des Handels beteiligt sind. Die Pläne werden erst lebensfähige Gestalt gewinnen können, wenn auch die Vertreter der Erzeuger in weitgehendem Maße mit herangezogen werden. Die Organisation der Verteilung und des Konsums erscheint weniger wichtig. Dringender und wichtiger ist die planmäßige Regelung der Erzeugung. Die kommunalen Vertretungen und die Vertretungen des Handels bilden geschlossene Gruppen. Aber auf der anderen Seite fehlt bisher noch eine geschlossene und verhandlungsfähige Gruppe der Erzeuger und zwar insbesondere der Milchviehhalter. Bisher hat man die Zukunft der Milch mit Zwangsbestimmungen zu regeln versucht. Viel wertvoller und erfolgreicher aber würde es sein, wenn man es auf der Erzeugerseite ebenfalls mit einer einheitlichen Gruppe der Milchviehhalter und Selbstverwalter der Milchproduktion und deren Organisation in weitgehendem Maße zu sichern.

Eine planmäßige Zusammenfassung und Regelung der Milchproduktion erscheint heute weniger schwierig als früher. Überall in den einzelnen Kreisen bestehen jetzt die Kreisbauernschaften, und diese Kreisbauernschaften würden auch am zweckmäßigsten die Zusammenfassung der Milchproduzenten zum Zwecke einer geregelten Milchproduktion übernehmen. Auf diese Weise ließe sich auch am besten eine ordnungsmäßige Zuteilung der erforderlichen Futtermittel ermöglichen, eine wichtige Hauptfrage bei der ganzen Milchproduktion. Die städtischen kommunalen Vertretungen hätten daher bei der Aufstellung der neuen Pläne vor allem die Seite der Erzeuger im Auge zu fassen und sich die Mitarbeit und Sachkunde der Erzeuger und deren Organisation in weitgehendem Maße zu sichern.

Der Vogt von Suhl.

Erzählung von Theodor Mügge.

51) (Fortsetzung.)

Er sprach die letzten Worte scharf betont aus und nicht leise, wie er zu sein pflegte. „Ich danke Ihnen, Herr Staatsrat, für diesen freundlichen Rat“, erwiderte dieser.

„Jedenfalls kommen Sie bedeutend besser fort, wie unser armer Branden“, sprach der Baron weiter. „Der gute Kammerherr hat sich, Gott weiß, von welcher Zerknirschung gelöst, verweisen lassen, dem Könige eine Denkschrift zu übergeben, ganz im Sinne des jungen Danemars, voll unflämiger Forderungen. Sie soll vortrefflich geschrieben sein, vollständig ein Meisterstück. Es ist schade, daß der König sie in seiner ersten Befähigung zerissen und den unglücklichen Branden vor die Füße geworfen hat.“

„Der Kammerherr hätte sie dort nicht liegen lassen sollen“, sagte Vornsen.

„Ich meine, er war sehr froh, als er wieder in freier Luft war“, rief der Staatsrat. „Er wird seine Freiheit jetzt im reichen Maße genießen können. Der König hat ihm den Kammerherrnschlüssel abnehmen lassen und ihm befohlen, wo es ihm beliebt, weitere Studien über Danemars Staatsleben zu machen, nur nicht in Ropenagen und in Seeland. So ist er denn im Begriff heute Abend auf seine Güter nach Sühnen abzureisen und wird hina begleitet, die mit einer achtbaren Gesellschaft, unserer würdigen Louise Alfred, ebenfalls auf einige Zeit sich ländlich dort aufhalten wird. Der gute Branden“, rief er, „als Vornsen schweig. „Sie wissen, wie sehr er dieses Schicksal ist. Es ist für ihn der größte Trost in ihrer Gesellschaft zu bleiben, und passendere Charaktere kann es nicht geben. Beide von denselben Ideen erfüllt, beide so harmonisch durch Gemüt und Geist verbunden. Ich hoffe, wenn ich in einigen Monaten sie aufsuche, ein höchst glückliches und einflussreiches Pärchen zu finden.“

„Ein höchst glückliches Pärchen“, wiederholte Vornsen, indem er alle Bewegung bezwang. „Ich zweifle nicht daran.“

„Ihrer Freund“, rief Hammerstein, „Branden mit seiner lebenswichtigen Dienstfertigkeit paßt zu ihr ohne Zweifel besser, wie Männer, die sogenannte Grundsätze haben. Darin steine manchen schied, das ist ein alter Volkspruch. Schließen wir diese philosophische Betrachtung. Ich freue

mich, Sie so entschieden und mit mir übereinstimmend zu finden. Bina reist heute Abend; es würde uns allen gewiß wohlthun sein, wenn Sie mit uns speisen wollten, und bis zum letzten Augenblick überzogen blieben, wie glücklich wir sind, Sie unsern Freund zu nennen.“

Eine falsche Note farbte Vornsens blaues Gesicht. „So weit“, sprach er mit einem heftigen Zucken, das seine Hand aus Hammersteins Hand zog, „geht meine Aufopferung nicht, Herr Staatsrat. Sie haben klug und richtig geredet; alles, was Sie wünschen, hat sich erfüllt. Das Ende ist da, nunten Sie mir nicht zu, auf meine Kosten Ihre Meisterschaft noch weiter verberichten zu helfen.“

„Was hat man für Not“, sagte Hammerstein, den Kopf schüttelnd, „um der Wahrheit die Ehre zu geben. Aber wie Sie wollen, lieber Vornsen, ganz wie Sie wollen; Ihr Andenken wird uns darum nicht minder teuer sein. Nur eines noch. Reichen Sie aus Ihrem Gedächtnis einen ganz unwürdigen falschen Verdacht, als wäre meine richtige Zuneigung zu Ihnen und was mit besondern Absichten zusammenhängt, nicht völlig ehrlich gemeint gewesen.“

„O, gewiß“, fiel Vornsen ein, „es war ehrlich gemeint, und dennoch, Herr Staatsrat, dennoch haben Sie zu jeder Stunde gewußt, daß Sie fordern würden, was ich weit von mir schleienden mußte, sollte mein Leben auch daran zerbrechen.“

Vornsens Augen strahlten Zorn und Verachtung auf den Baron, der mit Kaltblütigkeit eine seiner großen Reizen nahm und dann lächelnd ausrief: „Erhöhen wir uns nicht, lieber Kammerherr. Es ist nichts widerwärtiger, als Worte machen, die keine Bedeutung haben. Eines will ich Ihnen noch sagen. Der König ist sehr erfreut, daß Sie alle Anfinnen des närrischen Vornsen von sich gemessen haben. Sie wissen doch, daß der Mensch in dieser Nacht verhaftet worden ist.“

„Das weiß ich in der Tat nicht“, sagte Vornsen. „Man wird ihm den Prozeß machen. Er hat abscheuliche Mysterien getrieben, sogar einen sonst höchst anständigen Personen verleitet, die falsche Denkschrift zu unterzeichnen, und aufrührerische Artikel in Zeitungen geschrieben. Alles in der Welt mag man tun, nur nicht schreiben, nicht drucken lassen. Prozeßprozeß und Hochverratsprozeß man muß jeden vernünftigen Menschen warnen, sich davor zu hüten.“

„Er nahm seinen Hut und sagte dann: „So leben Sie wohl, mein weiterer Kammerherr, Vogt von Suhl werden Sie ganz gewiß, wenn es wirklich Ihr Ernst

Math. Ge
Beratung geb
Präsident, Ger
schiedlich den
wurde eine
von 841, 2
Wander-Mot
Konferenz
des Lehrers
Kommunisten
sich nach
einen Ziel
überwältigt
in allgemeinen
sein. Der
und Verwal
seiner der
sich manche
der Anstalt
Stellen mit
zu erledigen
zung der
mocht kom
Möglichkeit
einstweilen
sich nach
fürmer mit
sehr ausgef
Schulverba
Konferenz
heren Stie
stehenden
geschaffen.
retorischen
gerade.
Die Be
und Lieber
Unvollstän
den. Das
weiteres
Freiheiten
durch diese
Worms.
Maxau la
Beziehungen
für die An
gut und he
Die Geb
Chemiker
1. Januar
fries für
einvernehm
lier die Z
Geschäften
Chemiker,
richte um
Der W
Ausgang
von den I
den Gott
Sie biete
Begriff im
hatte, am
Januar n
freude. I
fest und
zum Wuh
März, da
gleichsam
nahm. I
Jahresläng
der mit I
wurde zu
Jahreslang
deutscher
Jahreslang
Jahreslang
war der
Jahreslang
Mit März
1. Januar
ordnete
der Zeit
doch hob
auf. An
Jahreslang
und in
süßer ge
März d
Nachdr
Du sieh
nach G
zum all
wird d
den sich
Schwäbe
Nun
ruten I
wie gel
Wenn I
abtreibe
Nachdr
Nachdr
denn d
die We
Jahr d
Ich h
stets n
Dr.
Zagen;
trübe,
schwere
schlaflos
Mittun
glück.
Vor
und an
doch f
ohne a
bedien
Vor
gen ein
Jahr?
Lange
Vor
einem
Jahr?
schlechte
Die
der Fr
letzte G
drang.
Jahr
und b

